

Inhalt

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz – AGG

Abschnitt 1 – Allgemeiner Teil	22
§ 1 Ziel des Gesetzes	22
§ 2 Anwendungsbereich	22
§ 3 Begriffsbestimmungen	22
§ 4 Unterschiedliche Behandlung wegen mehrerer Gründe	23
§ 5 Positive Maßnahmen	23
Abschnitt 2 – Schutz der Beschäftigten vor Benachteiligung	23
Unterabschnitt 1 – Verbot der Benachteiligung	23
§ 6 Persönlicher Anwendungsbereich	23
§ 7 Benachteiligungsverbot	24
§ 8 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen beruflicher Anforderungen	24
§ 9 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen der Religion oder Weltanschauung	24
§ 10 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen des Alters	24
Unterabschnitt 2 – Organisationspflichten des Arbeitgebers	25
§ 11 Ausschreibung	25
§ 12 Maßnahmen und Pflichten des Arbeitgebers	25
Unterabschnitt 3 – Rechte der Beschäftigten	26
§ 13 Beschwerderecht	26
§ 14 Leistungsverweigerungsrecht	26
§ 15 Entschädigung und Schadensersatz	26
§ 16 Maßregelungsverbot	26
Unterabschnitt 4 – Ergänzende Vorschriften	27
§ 17 Soziale Verantwortung der Beteiligten	27
§ 18 Mitgliedschaft in Vereinigungen	27
Abschnitt 3 – Schutz vor Benachteiligung im Zivilrechtsverkehr	27
§ 19 Zivilrechtliches Benachteiligungsverbot	27
§ 20 Zulässige unterschiedliche Behandlung	28
§ 21 Ansprüche	28
Abschnitt 4 – Rechtsschutz	29
§ 22 Beweislast	29
§ 23 Unterstützung durch Antidiskriminierungsverbände	29
Abschnitt 5 – Sonderregelungen für öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse	29
§ 24 Sonderregelung für öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse	29
Abschnitt 6 – Antidiskriminierungsstelle	29
§ 25 Antidiskriminierungsstelle des Bundes	29
§ 26 Rechtsstellung der Leitung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes	30
§ 27 Aufgaben	30
§ 28 Befugnisse	31
§ 29 Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen und anderen Einrichtungen	31
§ 30 Beirat	31
Abschnitt 7 – Schlussvorschriften	32
§ 31 Unabdingbarkeit	32
§ 32 Schlussbestimmung	32
§ 33 Übergangsbestimmungen	32

Arbeitsgerichtsgesetz (Auszug) – ArbGG

§ 61b	Klage wegen Benachteiligung	34
-------	-----------------------------------	----

Arbeitszeitgesetz – ArbZG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften		36
§ 1	Zweck des Gesetzes	36
§ 2	Begriffsbestimmungen	36
Zweiter Abschnitt – Werktägliche Arbeitszeit und arbeitsfreie Zeiten		36
§ 3	Arbeitszeit der Arbeitnehmer	36
§ 4	Ruhepausen	36
§ 5	Ruhezeit	36
§ 6	Nacht- und Schichtarbeit	37
§ 7	Abweichende Regelungen	37
§ 8	Gefährliche Arbeiten	39
Dritter Abschnitt – Sonn- und Feiertagsruhe		39
§ 9	Sonn- und Feiertagsruhe	39
§ 10	Sonn- und Feiertagsbeschäftigung	39
§ 11	Ausgleich für Sonn- und Feiertagsbeschäftigung	41
§ 12	Abweichende Regelungen	41
§ 13	Ermächtigung, Anordnung, Bewilligung	41
Vierter Abschnitt – Ausnahmen in besonderen Fällen		42
§ 14	Außergewöhnliche Fälle	42
§ 15	Bewilligung, Ermächtigung	43
Fünfter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes		44
§ 16	Aushang und Arbeitszeitrachweise	44
§ 17	Aufsichtsbehörde	44
Sechster Abschnitt – Sonderregelungen		45
§ 18	Nichtanwendung des Gesetzes	45
§ 19	Beschäftigung im öffentlichen Dienst	45
§ 20	Beschäftigung in der Luftfahrt	45
§ 21	Beschäftigung in der Binnenschifffahrt	45
§ 21a	Beschäftigung im Straßentransport	46
Siebter Abschnitt – Straf- und Bußgeldvorschriften		47
§ 22	Bußgeldvorschriften	47
§ 23	Strafvorschriften	47
Achter Abschnitt – Schlussvorschriften		47
§ 24	Umsetzung von zwischenstaatlichen Vereinbarungen und Rechtsakten der EG	47
§ 25	Übergangsvorschriften für Tarifverträge	47

Bürgerliches Gesetzbuch (Auszug) – BGB

§ 611a	Arbeitsvertrag	50
§ 612	Vergütung	50
§ 612a	Maßregelungsverbot	50

Jugendarbeitsschutzgesetz – JArbSchG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften		52
§ 1	Geltungsbereich	52
§ 2	Kind, Jugendlicher	52
§ 3	Arbeitgeber	52

§ 4	Arbeitszeit	52
Zweiter Abschnitt – Beschäftigung von Kindern		52
§ 5	Verbot der Beschäftigung von Kindern	52
§ 6	Behördliche Ausnahmen für Veranstaltungen	53
§ 7	Beschäftigung von nicht vollzeitschulpflichtigen Kindern	54
Dritter Abschnitt – Beschäftigung Jugendlicher		54
Erster Titel – Arbeitszeit und Freizeit		54
§ 8	Dauer der Arbeitszeit	54
§ 9	Berufsschule	54
§ 10	Prüfungen und außerbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen	55
§ 11	Ruhepausen, Aufenthaltsräume	55
§ 12	Schichtzeit	55
§ 13	Tägliche Freizeit	55
§ 14	Nachruhe	55
§ 15	Fünf-Tage-Woche	56
§ 16	Samstagsruhe	56
§ 17	Sonntagsruhe	57
§ 18	Feiertagsruhe	57
§ 19	Urlaub	57
§ 20	Binnenschifffahrt	58
§ 21	Ausnahmen in besonderen Fällen	58
§ 21a	Abweichende Regelungen	59
§ 21b	Ermächtigung	59
Zweiter Titel – Beschäftigungsverbote und -beschränkungen		59
§ 22	Gefährliche Arbeiten	59
§ 23	Akkordarbeit, tempoabhängige Arbeiten	60
§ 24	Arbeiten unter Tage	60
§ 25	Verbot der Beschäftigung durch bestimmte Personen	61
§ 26	Ermächtigungen	61
§ 27	Behördliche Anordnungen und Ausnahmen	61
Dritter Titel – Sonstige Pflichten des Arbeitgebers		62
§ 28	Menschengerechte Gestaltung der Arbeit	62
§ 28a	Beurteilung der Arbeitsbedingungen	62
§ 29	Unterweisung über Gefahren	62
§ 30	Häusliche Gemeinschaft	63
§ 31	Züchtigungsverbot; Verbot der Abgabe von Alkohol und Tabak	63
Vierter Titel – Gesundheitliche Betreuung		63
§ 32	Erstuntersuchung	63
§ 33	Erste Nachuntersuchung	63
§ 34	Weitere Nachuntersuchungen	64
§ 35	Außerordentliche Nachuntersuchung	64
§ 36	Ärztliche Untersuchungen und Wechsel des Arbeitgebers	64
§ 37	Inhalt und Durchführung der ärztlichen Untersuchungen	64
§ 38	Ergänzungsuntersuchung	64
§ 39	Mitteilung, Bescheinigung	64
§ 40	Bescheinigung mit Gefährdungsvermerk	65
§ 41	Aufbewahren der ärztlichen Bescheinigungen	65
§ 42	Eingreifen der Aufsichtsbehörde	65
§ 43	Freistellung für Untersuchungen	65
§ 44	Kosten der Untersuchungen	65
§ 45	Gegenseitige Unterrichtung der Ärzte	65
§ 46	Ermächtigungen	65

Vierter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes	66
Erster Titel – Aushänge und Verzeichnisse	66
§ 47 Bekanntgabe des Gesetzes und der Aufsichtsbehörde	66
§ 48 Aushang über Arbeitszeit und Pausen	66
§ 49 Verzeichnisse der Jugendlichen	66
§ 50 Auskunft; Vorlage der Verzeichnisse	66
Zweiter Titel – Aufsicht	67
§ 51 Aufsichtsbehörde; Besichtigungsrechte und Berichtspflicht	67
§ 52 (weggefallen)	67
§ 53 Mitteilung über Verstöße	67
§ 54 Ausnahmegewilligungen	67
Dritter Titel – Ausschüsse für Jugendarbeitsschutz	67
§ 55 Bildung des Landesausschusses für Jugendarbeitsschutz	67
§ 56 Bildung des Ausschusses für Jugendarbeitsschutz bei der Aufsichtsbehörde	68
§ 57 Aufgaben der Ausschüsse	68
Fünfter Abschnitt – Straf- und Bußgeldvorschriften	69
§ 58 Bußgeld- und Strafvorschriften	69
§ 59 Bußgeldvorschriften	71
§ 60 Verwaltungsvorschriften für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten	71
Sechster Abschnitt – Schlussvorschriften	71
§ 61 Beschäftigung von Jugendlichen auf Kauffahrteischiffen	71
§ 62 Beschäftigung im Vollzug einer Freiheitsentziehung	72
§§ 63–70 (weggefallen)	72
§ 71 (aufgehoben)	72
§ 72 Inkrafttreten	72

Ladenschlussgesetz – LadSchlG

Erster Abschnitt – Begriffsbestimmungen	74
§ 1 Verkaufsstellen	74
§ 2 Begriffsbestimmungen	74
Zweiter Abschnitt – Ladenschlusszeiten	74
§ 3 Allgemeine Ladenschlusszeiten	74
§ 4 Apotheken	74
§ 5 Zeitungen und Zeitschriften	74
§ 6 Tankstellen	75
§ 7 (weggefallen)	75
§ 8 Verkaufsstellen auf Personenbahnhöfen	75
§ 9 Verkaufsstellen auf Flughäfen und in Fährhäfen	75
§ 10 Kur- und Erholungsorte	76
§ 11 Verkauf in ländlichen Gebieten an Sonntagen	76
§ 12 Verkauf bestimmter Waren an Sonntagen	76
§ 13 (weggefallen)	76
§ 14 Weitere Verkaufssonntage	76
§ 15 Sonntagsverkauf am 24. Dezember	77
§ 16 (weggefallen)	77
Dritter Abschnitt – Besonderer Schutz der Arbeitnehmer	77
§ 17 Arbeitszeit an Sonn- und Feiertagen	77
Vierter Abschnitt – Bestimmungen für einzelne Gewerbebezüge und für den Marktverkehr	78
§§ 18 und 18a (weggefallen)	78
§ 19 Marktverkehr	78
§ 20 Sonstiges gewerbliches Feilhalten	78

Fünfter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes	79
§ 21 Ausiage des Gesetzes, Verzeichnisse	79
§ 22 Aufsicht und Auskunft	79
§ 23 Ausnahmen im öffentlichen Interesse	79
Sechster Abschnitt – Straftaten und Ordnungswidrigkeiten	80
§ 24 Ordnungswidrigkeiten	80
§ 25 Straftaten	80
§ 26 (weggefallen)	80
Siebenter Abschnitt – Schlussbestimmungen	81
§ 27 Vorbehalt für die Landesgesetzgebung	81
§ 28 Bestimmung der zuständigen Behörden	81
§§ 29 und 30 (weggefallen)	81
§ 31 (Inkrafttreten, Außerkrafttreten)	81

Mutterschutzgesetz – MuSchG

Abschnitt 1 – Allgemeine Vorschriften	84
§ 1 Anwendungsbereich, Ziel des Mutterschutzes	84
§ 2 Begriffsbestimmungen	84
Abschnitt 2 – Gesundheitsschutz	85
Unterabschnitt 1 – Arbeitszeitlicher Gesundheitsschutz	85
§ 3 Schutzfristen vor und nach der Entbindung	85
§ 4 Verbot der Mehrarbeit; Ruhezeit	86
§ 5 Verbot der Nacharbeit	86
§ 6 Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit	87
§ 7 Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen	87
§ 8 Beschränkung von Heimarbeit	87
Unterabschnitt 2 – Betrieblicher Gesundheitsschutz	88
§ 9 Gestaltung der Arbeitsbedingungen; unverantwortbare Gefährdung	88
§ 10 Beurteilung der Arbeitsbedingungen; Schutzmaßnahmen	89
§ 11 Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für schwangere Frauen	89
§ 12 Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für stillende Frauen	91
§ 13 Rangfolge der Schutzmaßnahmen: Umgestaltung der Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzwechsel und betriebliches Beschäftigungsverbot	92
§ 14 Dokumentation und Information durch den Arbeitgeber	93
§ 15 Mitteilungen und Nachweise der schwangeren und stillenden Frauen	93
Unterabschnitt 3 – Ärztlicher Gesundheitsschutz	93
§ 16 Ärztliches Beschäftigungsverbot	93
Abschnitt 3 – Kündigungsschutz	93
§ 17 Kündigungsverbot	93
Abschnitt 4 – Leistungen	94
§ 18 Mutterschutzlohn	94
§ 19 Mutterschaftsgeld	94
§ 20 Zuschuss zum Mutterschaftsgeld	95
§ 21 Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts	95
§ 22 Leistungen während der Elternzeit	96
§ 23 Entgelt bei Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen	96
§ 24 Fortbestehen des Erholungsurlaubs bei Beschäftigungsverboten	96
§ 25 Beschäftigung nach dem Ende des Beschäftigungsverbots	96
Abschnitt 5 – Durchführung des Gesetzes	96
§ 26 Aushang des Gesetzes	96

§ 27	Mitteilungs- und Aufbewahrungspflichten des Arbeitgebers, Offenbarungsverbot der mit der Überwachung beauftragten Personen	96
§ 28	Behördliches Genehmigungsverfahren für eine Beschäftigung zwischen 20 Uhr und 22 Uhr	97
§ 29	Zuständigkeit und Befugnisse der Aufsichtsbehörden, Jahresbericht	98
§ 30	Ausschuss für Mutterschutz	99
§ 31	Erlaß von Rechtsverordnungen	100
Abschnitt 6 – Bußgeldvorschriften, Strafvorschriften		100
§ 32	Bußgeldvorschriften.....	100
§ 33	Strafvorschriften.....	101
Abschnitt 7 – Schlussvorschriften		101
§ 34	Evaluationsbericht	101

Arbeitsschutzgesetz – ArbSchG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften		104
§ 1	Zielsetzung und Anwendungsbereich	104
§ 2	Begriffsbestimmungen	104
Zweiter Abschnitt – Pflichten des Arbeitgebers		104
§ 3	Grundpflichten des Arbeitgebers	104
§ 4	Allgemeine Grundsätze	105
§ 5	Beurteilung der Arbeitsbedingungen	105
§ 6	Dokumentation	105
§ 7	Übertragung von Aufgaben.....	106
§ 8	Zusammenarbeit mehrerer Arbeitgeber	106
§ 9	Besondere Gefahren.....	106
§ 10	Erste Hilfe und sonstige Notfallmaßnahmen	106
§ 11	Arbeitsmedizinische Vorsorge	107
§ 12	Unterweisung.....	107
§ 13	Verantwortliche Personen	107
§ 14	Unterrichtung und Anhörung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes	108
Dritter Abschnitt – Pflichten und Rechte der Beschäftigten		108
§ 15	Pflichten der Beschäftigten	108
§ 16	Besondere Unterstützungspflichten	108
§ 17	Rechte der Beschäftigten	108
Vierter Abschnitt – Verordnungsermächtigungen.....		109
§ 18	Verordnungsermächtigungen	109
§ 19	Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften und zwischenstaatliche Vereinbarungen	109
§ 20	Regelungen für den öffentlichen Dienst.....	109
Fünfter Abschnitt – Gemeinsame deutsche Arbeitsschutzstrategie		110
§ 20a	Gemeinsame deutsche Arbeitsschutzstrategie	110
§ 20b	Nationale Arbeitsschutzkonferenz.....	110
Sechster Abschnitt – Schlußvorschriften		111
§ 21	Zuständige Behörden, Zusammenwirken mit den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung.....	111
§ 22	Befugnisse der zuständigen Behörden	112
§ 23	Betriebliche Daten, Zusammenarbeit mit anderen Behörden, Jahresbericht, Bundesfachstelle.....	114
§ 24	Ermächtigung zum Erlaß von allgemeinen Verwaltungsvorschriften	115
§ 24a	Ausschuss für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit.....	115
§ 25	Bußgeldvorschriften.....	116
§ 26	Strafvorschriften.....	116

Arbeitsstättenverordnung – ArbStättV

§ 1	Ziel, Anwendungsbereich.....	120
-----	------------------------------	-----

§ 2	Begriffsbestimmungen	120
§ 3	Gefährdungsbeurteilung.....	122
§ 3a	Einrichten und Betreiben von Arbeitsstätten	122
§ 4	Besondere Anforderungen an das Betreiben von Arbeitsstätten	123
§ 5	Nichtraucherschutz	123
§ 6	Unterweisung der Beschäftigten	124
§ 7	Ausschuss für Arbeitsstätten	124
§ 8	Übergangsvorschriften.....	125
§ 9	Straftaten und Ordnungswidrigkeiten	125
Anhang	126

Betriebssicherheitsverordnung (Auszug) – BetrSichV

Abschnitt 1 – Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	142	
§ 1	Anwendungsbereich und Zielsetzung.....	142
§ 2	Begriffsbestimmungen	142
Abschnitt 2 – Gefährdungsbeurteilung und Schutzmaßnahmen	143	
§ 3	Gefährdungsbeurteilung.....	143
§ 4	Grunpfllichten des Arbeitgebers	145
§ 5	Anforderungen an die zur Verfügung gestellten Arbeitsmittel	146
§ 6	Grundlegende Schutzmaßnahmen bei der Verwendung von Arbeitsmitteln.....	147
§ 7	Vereinfachte Vorgehensweise bei der Verwendung von Arbeitsmitteln.....	147
§ 8	Schutzmaßnahmen bei Gefährdungen durch Energien, Ingangsetzen und Stillsetzen	148
§ 9	Weitere Schutzmaßnahmen bei der Verwendung von Arbeitsmitteln.....	149
§ 10	Instandhaltung und Änderung von Arbeitsmitteln	150
§ 11	Besondere Betriebszustände, Betriebsstörungen und Unfälle	151
§ 12	Unterweisung und besondere Beauftragung von Beschäftigten.....	152
§ 13	Zusammenarbeit verschiedener Arbeitgeber.....	153
§ 14	Prüfung von Arbeitsmitteln.....	153
Abschnitt 3 – Zusätzliche Vorschriften für überwachungsbedürftige Anlagen.....	154	
§ 15	Prüfung vor Inbetriebnahme und vor Wiederinbetriebnahme nach prüfpflichtigen Änderungen	154
§ 16	Wiederkehrende Prüfung.....	155
§ 17	Prüfaufzeichnungen und -bescheinigungen.....	155
§ 18	Erlaubnispflicht	156
Abschnitt 4 – Volzugsregelungen und Ausschuss für Betriebssicherheit	157	
§ 19	Mitteilungspflichten, behördliche Ausnahmen	157
§ 20	Sonderbestimmungen für überwachungsbedürftige Anlagen des Bundes	158
§ 21	Ausschuss für Betriebssicherheit	159
Abschnitt 5 – Ordnungswidrigkeiten und Straftaten, Schlussvorschriften	160	
§ 22	Ordnungswidrigkeiten	160
§ 23	Straftaten.....	162
§ 24	Übergangsvorschriften.....	162

Bundesdatenschutzgesetz – BDSG

Teil 1 – Gemeinsame Bestimmungen	166	
Kapitel 1 – Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	166	
§ 1	Anwendungsbereich des Gesetzes	166
§ 2	Begriffsbestimmungen	167
Kapitel 2 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten.....	168	
§ 3	Verarbeitung personenbezogener Daten durch öffentliche Stellen	168
§ 4	Videüberwachung öffentlich zugänglicher Räume	168

Kapitel 3 – Datenschutzbeauftragte öffentlicher Stellen.....	168
§ 5 Benennung.....	168
§ 6 Stellung.....	168
§ 7 Aufgaben.....	169
Kapitel 4 – Die oder der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit.....	170
§ 8 Errichtung.....	170
§ 9 Zuständigkeit.....	170
§ 10 Unabhängigkeit.....	170
§ 11 Ernennung und Amtszeit.....	170
§ 12 Amtsverhältnis.....	171
§ 13 Rechte und Pflichten.....	172
§ 14 Aufgaben.....	173
§ 15 Tätigkeitsbericht.....	174
§ 16 Befugnisse.....	174
Kapitel 5 – Vertretung im Europäischen Datenschutzausschuss, zentrale Anlaufstelle, Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union.....	175
§ 17 Vertretung im Europäischen Datenschutzausschuss, zentrale Anlaufstelle.....	175
§ 18 Verfahren der Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder.....	176
§ 19 Zuständigkeiten.....	176
Kapitel 6 – Rechtsbehelfe.....	177
§ 20 Gerichtlicher Rechtsschutz.....	177
§ 21 Antrag der Aufsichtsbehörde auf gerichtliche Entscheidung bei angenommener Rechtswidrigkeit eines Beschlusses der Europäischen Kommission.....	177
Teil 2 – Durchführungsbestimmungen für Verarbeitungen zu Zwecken gemäß Artikel 2 der Verordnung (EU) 2016/679.....	178
Kapitel 1 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten.....	178
Abchnitt 1 – Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten und Verarbeitung zu anderen Zwecken.....	178
§ 22 Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten.....	178
§ 23 Verarbeitung zu anderen Zwecken durch öffentliche Stellen.....	179
§ 24 Verarbeitung zu anderen Zwecken durch nichtöffentliche Stellen.....	180
§ 25 Datenübermittlungen durch öffentliche Stellen.....	180
Abchnitt 2 – Besondere Verarbeitungssituationen.....	181
§ 26 Datenverarbeitung für Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses.....	181
§ 27 Datenverarbeitung zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken und zu statistischen Zwecken.....	182
§ 28 Datenverarbeitung zu im öffentlichen Interesse liegenden Archivzwecken.....	183
§ 29 Rechte der betroffenen Person und aufsichtsbehördliche Befugnisse im Fall von Geheimhaltungspflichten.....	183
§ 30 Verbrauchercredite.....	184
§ 31 Schutz des Wirtschaftsverkehrs bei Scoring und Bonitätsauskünften.....	184
Kapitel 2 – Rechte der betroffenen Person.....	185
§ 32 Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person.....	185
§ 33 Informationspflicht, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden.....	186
§ 34 Auskunftsrecht der betroffenen Person.....	187
§ 35 Recht auf Löschung.....	187
§ 36 Widerspruchsrecht.....	188
§ 37 Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall einschließlich Profiling.....	188
Kapitel 3 – Pflichten der Verantwortlichen und Auftragsverarbeiter.....	188
§ 38 Datenschutzbeauftragte nichtöffentlicher Stellen.....	188

§ 39	Akkreditierung	189
Kapitel 4	– Aufsichtsbehörde für die Datenverarbeitung durch nichtöffentliche Stellen	189
§ 40	Aufsichtsbehörden der Länder	189
Kapitel 5	– Sanktionen	190
§ 41	Anwendung der Vorschriften über das Bußgeld- und Strafverfahren	190
§ 42	Strafvorschriften	190
§ 43	Bußgeldvorschriften	191
Kapitel 6	– Rechtsbehelfe	191
§ 44	Klagen gegen den Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiter	191
Teil 3	– Bestimmungen für Verarbeitungen zu Zwecken gemäß Artikel 1 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2016/680	191
Kapitel 1	– Anwendungsbereich, Begriffsbestimmungen und allgemeine Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten	191
§ 45	Anwendungsbereich	191
§ 46	Begriffsbestimmungen	192
§ 47	Allgemeine Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten	194
Kapitel 2	– Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten	194
§ 48	Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten	194
§ 49	Verarbeitung zu anderen Zwecken	194
§ 50	Verarbeitung zu archivarischen, wissenschaftlichen und statistischen Zwecken	195
§ 51	Einwilligung	195
§ 52	Verarbeitung auf Weisung des Verantwortlichen	195
§ 53	Datengeheimnis	195
§ 54	Automatisierte Einzelentscheidung	195
Kapitel 3	– Rechte der betroffenen Person	196
§ 55	Allgemeine Informationen zu Datenverarbeitungen	196
§ 56	Benachrichtigung betroffener Personen	196
§ 57	Auskunftsrecht	196
§ 58	Rechte auf Berichtigung und Löschung sowie Einschränkung der Verarbeitung	198
§ 59	Verfahren für die Ausübung der Rechte der betroffenen Person	199
§ 60	Anrufung der oder des Bundesbeauftragten	199
§ 61	Rechtsschutz gegen Entscheidungen der oder des Bundesbeauftragten oder bei deren oder dessen Untätigkeit	199
Kapitel 4	– Pflichten der Verantwortlichen und Auftragsverarbeiter	200
§ 62	Auftragsverarbeitung	200
§ 63	Gemeinsam Verantwortliche	201
§ 64	Anforderungen an die Sicherheit der Datenverarbeitung	201
§ 65	Meldung von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten an die oder den Bundesbeauftragten	202
§ 66	Benachrichtigung betroffener Personen bei Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten	203
§ 67	Durchführung einer Datenschutz-Folgenabschätzung	204
§ 68	Zusammenarbeit mit der oder dem Bundesbeauftragten	204
§ 69	Anhörung der oder des Bundesbeauftragten	204
§ 70	Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten	205
§ 71	Datenschutz durch Technikgestaltung und datenschutzfreundliche Voreinstellungen	206
§ 72	Unterscheidung zwischen verschiedenen Kategorien betroffener Personen	206
§ 73	Unterscheidung zwischen Tatsachen und persönlichen Einschätzungen	207
§ 74	Verfahren bei Übermittlungen	207
§ 75	Berichtigung und Löschung personenbezogener Daten sowie Einschränkung der Verarbeitung	207
§ 76	Protokollierung	207
§ 77	Vertrauliche Meldung von Verstößen	208

Kapitel 5 – Datenübermittlungen an Drittstaaten und an internationale Organisationen	208
§ 78 Allgemeine Voraussetzungen	208
§ 79 Datenübermittlung bei geeigneten Garantien	209
§ 80 Datenübermittlung ohne geeignete Garantien	209
§ 81 Sonstige Datenübermittlung an Empfänger in Drittstaaten	210
Kapitel 6 – Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden	210
§ 82 Gegenseitige Amtshilfe	210
Kapitel 7 – Haftung und Sanktionen	211
§ 83 Schadensersatz und Entschädigung	211
§ 84 Strafvorschriften.....	211
Teil 4 – Besondere Bestimmungen für Verarbeitungen im Rahmen von nicht in die Anwendungsbereiche der Verordnung (EU) 2016/679 und der Richtlinie (EU) 2016/680 fallenden Tätigkeiten	211
§ 85 Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen von nicht in die Anwendungsbereiche der Verordnung (EU) 2016/679 und der Richtlinie (EU) 2016/680 fallenden Tätigkeiten	211
§ 86 Verarbeitung personenbezogener Daten für Zwecke staatlicher Auszeichnungen und Ehrungen.....	212

Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG

Abschnitt 1 – Elterngeld	214
§ 1 Berechtigte	214
§ 2 Höhe des Elterngeldes.....	215
§ 2a Geschwisterbonus und Mehrlingszuschlag.....	216
§ 2b Bemessungszeitraum	217
§ 2c Einkommen aus nichtselbstständiger Erwerbstätigkeit.....	217
§ 2d Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit	218
§ 2e Abzüge für Steuern	218
§ 2f Abzüge für Sozialabgaben	219
§ 3 Anrechnung von anderen Einnahmen	220
§ 4 Art und Dauer des Bezugs	220
Abschnitt 2 – Betreuungsgeld.....	222
§ 4a Berechtigte	222
§ 4b Höhe des Betreuungsgeldes	222
§ 4c Anrechnung von anderen Leistungen.....	222
§ 4d Bezugszeitraum.....	222
Abschnitt 3 – Verfahren und Organisation	221
§ 5 Zusammentreffen von Ansprüchen	221
§ 6 Auszahlung	221
§ 7 Antragstellung	221
§ 8 Auskunftspflicht, Nebenbestimmungen	224
§ 9 Einkommens- und Arbeitszeitznachweis, Auskunftspflicht des Arbeitgebers	225
§ 10 Verhältnis zu anderen Sozialleistungen	225
§ 11 Unterhaltspflichten	226
§ 12 Zuständigkeit; Aufbringung der Mittel	226
§ 13 Rechtsweg	226
§ 14 Bußgeldvorschriften.....	226
Abschnitt 4 – Elternzeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	227
§ 15 Anspruch auf Elternzeit.....	227
§ 16 Inanspruchnahme der Elternzeit.....	228
§ 17 Urlaub.....	229
§ 18 Kündigungsschutz.....	230
§ 19 Kündigung zum Ende der Elternzeit	230
§ 20 Zur Berufsbildung Beschäftigte, in Heimarbeit Beschäftigte.....	230
§ 21 Befristete Arbeitsverträge.....	230

Abschnitt 5 – Statistik und Schlussvorschriften	231
§ 22 Bundesstatistik	231
§ 23 Auskunftspflicht; Datenübermittlung an das Statistische Bundesamt	232
§ 24 Übermittlung von Tabellen mit statistischen Ergebnissen durch das Statistische Bundesamt.....	232
§ 24a Übermittlung von Einzelangaben durch das Statistische Bundesamt	232
§ 24b Elektronische Unterstützung bei der Antragstellung.....	233
§ 25 Datenübermittlung durch Standesämter	233
§ 26 Anwendung der Bücher des Sozialgesetzbuches	233
§ 27 Sonderregelung aus Anlass der COVID-19-Pandemie	233
§ 28 Übergangsvorschrift.....	234

Bundesurlaubsgesetz – BUrlG

§ 1 Urlaubsanspruch.....	248
§ 2 Geltungsbereich	248
§ 3 Dauer des Urlaubs	248
§ 4 Wartezeit.....	248
§ 5 Teilurlaub	248
§ 6 Ausschuß von Doppelansprüchen	248
§ 7 Zeitpunkt, Übertragbarkeit und Abgeltung des Urlaubs	248
§ 8 Erwerbstätigkeit während des Urlaubs.....	249
§ 9 Erkrankung während des Urlaubs.....	249
§ 10 Maßnahmen der medizinischen Vorsorge oder Rehabilitation	249
§ 11 Urlaubsentgelt	249
§ 12 Urlaub im Bereich der Heimarbeit	249
§ 13 Unabdingbarkeit.....	250
§ 14 Berlin-Klausel	250
§ 15 Änderung und Aufhebung von Gesetzen	251
§ 15a Übergangsvorschrift.....	251
§ 16 Inkrafttreten	251

Entgeltfortzahlungsgesetz – EntgFG

§ 1 Anwendungsbereich.....	254
§ 2 Entgeltzahlung an Feiertagen	254
§ 3 Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall.....	254
§ 3a Anspruch auf Entgeltfortzahlung bei Spende von Organen, Geweben oder Blut zur Separation von Blutstammzellen oder anderen Blutbestandteilen.....	254
§ 4 Höhe des fortzuzahlenden Arbeitsentgelts	255
§ 4a Kürzung von Sondervergütungen	255
§ 5 Anzeige- und Nachweispflichten	256
§ 6 Forderungsübergang bei Dritthaftung	256
§ 7 Leistungsverweigerungsrecht des Arbeitgebers	256
§ 8 Beendigung des Arbeitsverhältnisses	257
§ 9 Maßnahmen der medizinischen Vorsorge und Rehabilitation	257
§ 10 Wirtschaftliche Sicherung für den Krankheitsfall im Bereich der Heimarbeit.....	257
§ 11 Feiertagsbezahlung der in Heimarbeit Beschäftigten	258
§ 12 Unabdingbarkeit.....	259
§ 13 Übergangsvorschrift.....	259

Familienpflegezeitgesetz – FPFZG

§ 1 Ziel des Gesetzes	262
§ 2 Familienpflegezeit	262
§ 2a Inanspruchnahme der Familienpflegezeit.....	262

§ 2b	Erneute Familienpflegezeit nach Inanspruchnahme einer Freistellung auf Grundlage der Sonderregelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie.....	263
§ 3	Förderung der pflegebedingten Freistellung von der Arbeitsleistung	263
§ 4	Mitwirkungspflicht des Arbeitgebers	264
§ 5	Ende der Förderfähigkeit.....	264
§ 6	Rückzahlung des Darlehens.....	265
§ 7	Härtefallregelung.....	265
§ 8	Antrag auf Förderung.....	266
§ 9	Darlehensbescheid und Zahlweise.....	267
§ 10	Antrag und Nachweis in weiteren Fällen	267
§ 11	Allgemeine Verwaltungsvorschriften	267
§ 12	Bußgeldvorschriften.....	267
§ 13	Aufbringung der Mittel	267
§ 14	Beirat.....	268
§ 15	Übergangsvorschrift.....	268
§ 16	Sonderregelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie.....	268

Gefahrstoffverordnung (Auszug) – GefStoffV

Abschnitt 1 – Zielsetzung, Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	272
§ 1 Zielsetzung und Anwendungsbereich	272
§ 2 Begriffsbestimmungen	272
Abschnitt 2 – Gefahrstoffinformation	275
§ 3 Gefahrenklassen	275
§ 4 Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung.....	276
§ 5 Sicherheitsdatenblatt und sonstige Informationspflichten.....	277
Abschnitt 3 – Gefährdungsbeurteilung und Grundpflichten	277
§ 6 Informationsermittlung und Gefährdungsbeurteilung.....	277
§ 7 Grundpflichten.....	280
Abschnitt 4 – Schutzmaßnahmen	282
§ 8 Allgemeine Schutzmaßnahmen	282
§ 9 Zusätzliche Schutzmaßnahmen.....	283
§ 10 Besondere Schutzmaßnahmen bei Tätigkeiten mit krebserzeugenden, keimzellmutagenen und reproduktionstoxischen Gefahrstoffen der Kategorie 1A und 1B	284
§ 11 Besondere Schutzmaßnahmen gegen physikalisch-chemische Einwirkungen, insbesondere gegen Brand- und Explosionsgefährdungen	285
§ 12 (weggefallen).....	286
§ 13 Betriebsstörungen, Unfälle und Notfälle	286
§ 14 Unterrichtung und Unterweisung der Beschäftigten	287
§ 15 Zusammenarbeit verschiedener Firmen	288
Abschnitt 5 – Verbote und Beschränkungen	289
§ 16 Herstellungs- und Verwendungsbeschränkungen.....	289
§ 17 Nationale Ausnahmen von Beschränkungsregelungen nach der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006.....	289
Abschnitt 6 – Vollzugsregelungen und Ausschuss für Gefahrstoffe.....	290
§ 18 Unterrichtung der Behörde.....	290
§ 19 Behördliche Ausnahmen, Anordnungen und Befugnisse.....	291
§ 20 Ausschuss für Gefahrstoffe	291
Abschnitt 7 – Ordnungswidrigkeiten und Straftaten	292
§ 21 Chemikaliengesetz – Anzeigen	292
§ 22 Chemikaliengesetz – Tätigkeiten	293
§ 23 (weggefallen)	294
§ 24 Chemikaliengesetz – Herstellungs- und Verwendungsbeschränkungen.....	294

§ 25	Übergangsvorschrift.....	294
------	--------------------------	-----

Geschäftsgeheimnisschutzgesetz – GeschGehG

Abschnitt 1 – Allgemeines	298
§ 1 Anwendungsbereich.....	298
§ 2 Begriffsbestimmungen	298
§ 3 Erlaubte Handlungen	298
§ 4 Handlungsverbote	299
§ 5 Ausnahmen.....	299
Abschnitt 2 – Ansprüche bei Rechtsverletzungen	299
§ 6 Beseitigung und Unterlassung.....	299
§ 7 Vernichtung; Herausgabe; Rückruf; Entfernung und Rücknahme vom Markt	300
§ 8 Auskunft über rechtsverletzende Produkte; Schadensersatz bei Verletzung der Auskunftspflicht.....	300
§ 9 Anspruchsausschluss bei Unverhältnismäßigkeit	300
§ 10 Haftung des Rechtsverletzers	300
§ 11 Abfindung in Geld.....	301
§ 12 Haftung des Inhabers eines Unternehmens	301
§ 13 Herausgabeanspruch nach Eintritt der Verjährung.....	301
§ 14 Missbrauchsverbot	301
Abschnitt 3 – Verfahren in Geschäftsgeheimnisstreitsachen.....	301
§ 15 Sachliche und örtliche Zuständigkeit; Verordnungsermächtigung.....	301
§ 16 Geheimhaltung.....	302
§ 17 Ordnungsmittel.....	302
§ 18 Geheimhaltung nach Abschluss des Verfahrens	302
§ 19 Weitere gerichtliche Beschränkungen.....	302
§ 20 Verfahren bei Maßnahmen nach den §§ 16 bis 19.....	303
§ 21 Bekanntmachung des Urteils	303
§ 22 Streitwertbegünstigung.....	304
Abschnitt 4 – Strafvorschriften	304
§ 23 Verletzung von Geschäftsgeheimnissen	304

Kinderarbeitsschutzverordnung – KindArbSchV

§ 1 Beschäftigungsverbot	308
§ 2 Zulässige Beschäftigungen	308
§ 3 Behördliche Befugnisse.....	308
§ 4 Inkrafttreten	308

Kündigungsschutzgesetz – KSchG

Erster Abschnitt – Allgemeiner Kündigungsschutz.....	310
§ 1 Sozial ungerechtfertigte Kündigungen	310
§ 1a Abfindungsanspruch bei betriebsbedingter Kündigung.....	311
§ 2 Änderungskündigung.....	311
§ 3 Kündigungseinspruch	311
§ 4 Anrufung des Arbeitsgerichts	311
§ 5 Zulassung verspäteter Klagen	312
§ 6 Verlängerte Anrufungsfrist.....	312
§ 7 Wirksamwerden der Kündigung.....	312
§ 8 Wiederherstellung der früheren Arbeitsbedingungen	312
§ 9 Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch Urteil des Gerichts, Abfindung des Arbeitnehmers	312
§ 10 Höhe der Abfindung	313
§ 11 Anrechnung auf entgangenen Zwischenverdienst	313
§ 12 Neues Arbeitsverhältnis des Arbeitnehmers, Auflösung des alten Arbeitsverhältnisses	313

§ 13	Außerordentliche, sittenwidrige und sonstige Kündigungen	313
§ 14	Angestellte in leitender Stellung	314
Zweiter Abschnitt – Kündigungsschutz im Rahmen der Betriebsverfassung und Personalvertretung		314
§ 15	Unzulässigkeit der Kündigung	314
§ 16	Neues Arbeitsverhältnis, Auflösung des alten Arbeitsverhältnisses	315
Dritter Abschnitt – Anzeigepflichtige Entlassungen		315
§ 17	Anzeigepflicht	315
§ 18	Entlassungssperre	317
§ 19	Zulässigkeit von Kurzarbeit	317
§ 20	Entscheidungen der Agentur für Arbeit	317
§ 21	Entscheidungen der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit	317
§ 22	Ausnahmebetriebe	318
Vierter Abschnitt – Schlußbestimmungen		318
§ 23	Geltungsbereich	318
§ 24	Anwendung des Gesetzes auf Betriebe der Schifffahrt und des Luftverkehrs	318
§ 25	Kündigung in Arbeitskämpfen	319
§ 25a	Berlin-Klausel	319
§ 26	Inkrafttreten	319

Mindestlohngesetz – MiLoG

Abschnitt 1 – Festsetzung des allgemeinen Mindestlohns		322
Unterabschnitt 1 – Inhalt des Mindestlohns		322
§ 1	Mindestlohn	322
§ 2	Fälligkeit des Mindestlohns	322
§ 3	Unabdingbarkeit des Mindestlohns	322
Unterabschnitt 2 – Mindestlohnkommission		323
§ 4	Aufgabe und Zusammensetzung	323
§ 5	Stimmberechtigte Mitglieder	323
§ 6	Vorsitz	323
§ 7	Beratende Mitglieder	323
§ 8	Rechtsstellung der Mitglieder	323
§ 9	Beschluss der Mindestlohnkommission	324
§ 10	Verfahren der Mindestlohnkommission	324
§ 11	Rechtsverordnung	325
§ 12	Geschäfts- und Informationsstelle für den Mindestlohn; Kostenträgerschaft	325
Abschnitt 2 – Zivilrechtliche Durchsetzung		325
§ 13	Haftung des Auftraggebers	325
Abschnitt 3 – Kontrolle und Durchsetzung durch staatliche Behörden		325
§ 14	Zuständigkeit	325
§ 15	Befugnisse der Behörden der Zollverwaltung und anderer Behörden; Mitwirkungspflichten des Arbeitgebers	325
§ 16	Meldepflicht	325
§ 17	Erstellen und Bereithalten von Dokumenten	327
§ 18	Zusammenarbeit der in- und ausländischen Behörden	327
§ 19	Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge	328
§ 20	Pflichten des Arbeitgebers zur Zahlung des Mindestlohns	328
§ 21	Bußgeldvorschriften	328
Abschnitt 4 – Schlussvorschriften		329
§ 22	Persönlicher Anwendungsbereich	329
§ 23	Evaluation	330
§ 24	Übergangsregelung	330

Dritte Mindestlohnanpassungsverordnung – MiLoV3

§ 1	Höhe des Mindestlohns.....	334
§ 2	Inkrafttreten, Außerkrafttreten.....	334

Nachweisgesetz – NachwG

§ 1	Anwendungsbereich.....	336
§ 2	Nachweispflicht.....	336
§ 3	Änderung der Angaben.....	337
§ 4	Übergangsvorschrift.....	337
§ 5	Unabdingbarkeit.....	337

Pflegezeitgesetz – PflegeZG

§ 1	Ziel des Gesetzes.....	340
§ 2	Kurzzeitige Arbeitsverhinderung.....	340
§ 3	Pflegezeit und sonstige Freistellungen.....	340
§ 4	Dauer der Inanspruchnahme.....	341
§ 4a	Erneute Pflegezeit nach Inanspruchnahme einer Freistellung auf Grundlage der Sonderregelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie.....	342
§ 5	Kündigungsschutz.....	342
§ 6	Befristete Verträge.....	342
§ 7	Begriffsbestimmungen.....	343
§ 8	Unabdingbarkeit.....	343
§ 9	Sonderregelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie.....	343

Sozialgesetzbuch Neuntes Buch – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Auszug) – SGB IX

Teil 1 – Regelungen für Menschen mit Behinderungen und von Behinderung bedrohte Menschen.....	346
Kapitel 1 – Allgemeine Vorschriften.....	346
§ 2 Begriffsbestimmungen.....	346
Kapitel 10 – Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben.....	346
§ 49 Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Verordnungsermächtigung.....	346
§ 50 Leistungen an Arbeitgeber.....	348
§ 51 Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation.....	349
§ 52 Rechtsstellung der Teilnehmenden.....	349
§ 53 Dauer von Leistungen.....	349
§ 54 Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit.....	350
§ 55 Unterstützte Beschäftigung.....	350
§ 56 Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen.....	351
§ 57 Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich.....	351
§ 58 Leistungen im Arbeitsbereich.....	352
§ 60 Andere Leistungsanbieter.....	353
§ 61 Budget für Arbeit.....	353
§ 61a Budget für Ausbildung.....	354
§ 62 Wahlrecht des Menschen mit Behinderungen.....	354
§ 63 Zuständigkeit nach den Leistungsgesetzen.....	354
Kapitel 11 – Unterhaltssichernde und andere ergänzende Leistungen.....	355
§ 64 Ergänzende Leistungen.....	355
§ 65 Leistungen zum Lebensunterhalt.....	356
§ 66 Höhe und Berechnung des Übergangsgelds.....	357
§ 67 Berechnung des Regelentgelts.....	357
§ 68 Berechnungsgrundlage in Sonderfällen.....	358

§ 69	Kontinuität der Bemessungsgrundlage.....	358
§ 70	Anpassung der Entgeltersatzleistungen.....	359
§ 71	Weiterzahlung der Leistungen	359
§ 72	Einkommensanrechnung	360
Teil 2 – Besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen (Eingliederungshilferecht).....		
		360
Kapitel 1 – Allgemeine Vorschriften		
		360
§ 97	Fachkräfte.....	360
Kapitel 4 – Teilhabe am Arbeitsleben		
		361
§ 111	Leistungen zur Beschäftigung.....	361
Teil 3 – Besondere Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen (Schwerbehindertenrecht)		
		361
Kapitel 1 – Geschützter Personenkreis.....		
		361
§ 151	Geltungsbereich	361
Kapitel 2 – Beschäftigungspflicht der Arbeitgeber		
		362
§ 154	Pflicht der Arbeitgeber zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen.....	362
§ 155	Beschäftigung besonderer Gruppen schwerbehinderter Menschen	362
§ 156	Begriff des Arbeitsplatzes.....	363
§ 157	Berechnung der Mindestzahl von Arbeitsplätzen und der Pflichtarbeitsplatzzahl.....	363
§ 158	Anrechnung Beschäftigter auf die Zahl der Pflichtarbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen.....	363
§ 159	Mehrfachanrechnung	364
§ 160	Ausgleichsabgabe	364
§ 161	Ausgleichsfonds	366
§ 162	Verordnungsermächtigungen.....	366
Kapitel 3 – Sonstige Pflichten der Arbeitgeber; Rechte der schwerbehinderten Menschen		
		367
§ 163	Zusammenwirken der Arbeitgeber mit der Bundesagentur für Arbeit und den Integrationsämtern	367
§ 164	Pflichten des Arbeitgebers und Rechte schwerbehinderter Menschen.....	368
§ 165	Besondere Pflichten der öffentlichen Arbeitgeber.....	369
§ 166	Inklusionsvereinbarung	369
§ 167	Prävention.....	370
Kapitel 4 – Kündigungsschutz		
		370
§ 168	Erfordernis der Zustimmung	370
§ 169	Kündigungsfrist	370
§ 170	Antragsverfahren.....	370
§ 171	Entscheidung des Integrationsamtes.....	370
§ 172	Einschränkungen der Ermessensentscheidung	371
§ 173	Ausnahmen.....	371
§ 174	Außerordentliche Kündigung.....	372
§ 175	Erweiterter Beendigungsschutz	372
Kapitel 5 – Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrat, Schwerbehindertenvertretung, Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers		
		372
§ 176	Aufgaben des Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrates	372
§ 178	Aufgaben der Schwerbehindertenvertretung.....	373
§ 181	Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers	374
§ 182	Zusammenarbeit.....	374
Kapitel 7 – Integrationsfachdienste		
		374
§ 192	Begriff und Personenkreis.....	374
§ 193	Aufgaben.....	375

Kapitel 8 – Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter und gleichgestellter behinderter Menschen	376
§ 199 Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen	376
§ 200 Entziehung der besonderen Hilfen für schwerbehinderte Menschen	376
Kapitel 10 – Sonstige Vorschriften	376
§ 205 Vorrang der schwerbehinderten Menschen	376
§ 206 Arbeitsentgelt und Dienstbezüge	376
§ 207 Mehrarbeit	377
§ 208 Zusatzurlaub	377
§ 209 Nachteilsausgleich	377
§ 210 Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in Heimarbeit	377
§ 211 Schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten	378
Kapitel 11 – Inklusionsbetriebe	378
§ 215 Begriff und Personenkreis	378
§ 216 Aufgaben	379
Kapitel 12 – Werkstätten für behinderte Menschen	379
§ 223 Anrechnung von Aufträgen auf die Ausgleichsabgabe	379
Kapitel 14 – Straf-, Bußgeld- und Schlussvorschriften	380
§ 237a Strafvorschriften	380
§ 237b Strafvorschriften	380
§ 238 Bußgeldvorschriften	380
§ 241 Übergangsregelung	380

Strafgesetzbuch (Auszug) – StGB

Besonderer Teil	388
Siebenter Abschnitt – Straftaten gegen die öffentliche Ordnung	388
§ 131 Gewaltdarstellung	388
Zehnter Abschnitt – Falsche Verdächtigung	388
§ 164 Falsche Verdächtigung	388
Dreizehnter Abschnitt – Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	388
§ 174 Sexueller Mißbrauch von Schutzbefohlenen	388
§ 177 Sexueller Übergriff; sexuelle Nötigung; Vergewaltigung	389
§ 180 Förderung sexueller Handlungen Minderjähriger	390
§ 182 Sexueller Mißbrauch von Jugendlichen	391
§ 184i Sexuelle Belästigung	391
§ 184k Verletzung des Intimbereichs durch Bildaufnahmen	391
Vierzehnter Abschnitt – Beleidigung	392
§ 185 Beleidigung	392
§ 186 Üble Nachrede	392
§ 187 Verleumdung	392
Fünfzehnter Abschnitt – Verletzung des persönlichen Lebens- und Geheimbereichs	392
§ 201 Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes	392
§ 201a Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs und von Persönlichkeitsrechten durch Bildaufnahmen	393
Siebzehnter Abschnitt – Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit	394
§ 223 Körperverletzung	394
§ 224 Gefährliche Körperverletzung	394
§ 225 Mißhandlung von Schutzbefohlenen	394

Achtzehnter Abschnitt – Straftaten gegen die persönliche Freiheit.....	394
§ 238 Nachstellung.....	394
§ 240 Nötigung.....	395
§ 241 Bedrohung.....	395

Teilzeit- und Befristungsgesetz – TzBfG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften Teilzeit- und Befristungsgesetz.....	398
§ 1 Zielsetzung	398
§ 2 Begriff des teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmers.....	398
§ 3 Begriff des befristet beschäftigten Arbeitnehmers.....	398
§ 4 Verbot der Diskriminierung.....	398
§ 5 Benachteiligungsverbot	399
Zweiter Abschnitt – Teilzeitarbeit.....	399
§ 6 Förderung von Teilzeitarbeit.....	399
§ 7 Ausschreibung; Erörterung; Information über freie Arbeitsplätze	399
§ 8 Zeitlich nicht begrenzte Verringerung der Arbeitszeit.....	399
§ 9 Verlängerung der Arbeitszeit	400
§ 9a Zeitlich begrenzte Verringerung der Arbeitszeit	400
§ 10 Aus- und Weiterbildung.....	401
§ 11 Kündigungsverbot	401
§ 12 Arbeit auf Abruf	401
§ 13 Arbeitsplatzteilung	402
Dritter Abschnitt – Befristete Arbeitsverträge	403
§ 14 Zulässigkeit der Befristung.....	403
§ 15 Ende des befristeten Arbeitsvertrages	404
§ 16 Folgen unwirksamer Befristung	404
§ 17 Anrufung des Arbeitsgerichts	404
§ 18 Information über unbefristete Arbeitsplätze	404
§ 19 Aus- und Weiterbildung.....	404
§ 20 Information der Arbeitnehmervertretung	404
§ 21 Auflösend bedingte Arbeitsverträge.....	404
Vierter Abschnitt – Gemeinsame Vorschriften	405
§ 22 Abweichende Vereinbarungen	405
§ 23 Besondere gesetzliche Regelungen.....	405

Verordnung über den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen – SonntVerkV

§ 1	408
§ 2 (aufgehoben)	408
§ 3	408

Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge (Auszug) – ArbMedVV

§ 1 Ziel und Anwendungsbereich	410
§ 2 Begriffsbestimmungen	410
§ 3 Allgemeine Pflichten des Arbeitgebers	410
§ 4 Pflichtvorsorge.....	411
§ 5 Angebotsvorsorge	411
§ 5a Wunschvorsorge.....	411
§ 6 Pflichten des Arztes oder der Ärztin.....	412
§ 7 Anforderungen an den Arzt oder die Ärztin	412
§ 8 Maßnahmen nach der arbeitsmedizinischen Vorsorge	413
§ 9 Ausschuss für Arbeitsmedizin	413
§ 10 Ordnungswidrigkeiten und Straftaten	414